

17. VI. 1917

74

[Die Versorgung mit elektrischer Energie.] Heute hat die angekündigte Beratung über die Frage der Elektrizitätsversorgung im Wasserwirtschaftsverbande stattgefunden. Das Referat wurde von Direktor Ludwig Kallir der A. G. Union Elektrizitätsgesellschaft erstattet, der sich in eingehender Weise mit den Problemen der Elektrizitätspolitik beschäftigte und ausführte, daß die Privat- und Gemeindeelektrizitätswirtschaft zugunsten der staatlichen Elektrizitätswirtschaft zurückgebrängt werden solle. Es bleibe die Wahl zwischen der gemeinwirtschaftlichen Unternehmerform und dem staatlichen Elektrizitätsmonopol. Der Redner sprach sich für die Schaffung einer zentralen Elektrizitätsarbeitsstelle aus, welche die Regierung bei der Durchführung der Elektrizitätsprobleme beraten soll. In der Diskussion trat Dr. Heinrich Schreiber diesem Standpunkt teilweise entgegen und sagte, die staatliche Elektrizitätswirtschaft wäre nur dann berechtigt, wenn die privatwirtschaftliche Tätigkeit versagt hätte. Das sei aber nicht der Fall. Schon die Tarifpolitik der Gemeinde beweise, daß der Strompreis nicht nach den Bedürfnissen des Elektrizitätsbetriebes bestimmt, sondern von den übrigen Erfordernissen des Gemeindehaushaltes abhängig sei. Die Preise würden hinaufgesetzt, nicht, weil die Erzeugung mehr koste, sondern um andere Ausfälle des Gemeindebudgets zu decken. Es sei anzunehmen, daß auch der Staat in ähnlicher Weise vorgehen würde. Herrenhausmitglied Karl Scheneegg schloß sich in vielen Punkten dem Referenten Direktor Kallir an, sprach sich aber für die baldigste Schaffung des Elektrizitätsgesetzes aus.